Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig Nr. 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gegründet im Zahre 1841

Inseratenpreis 30 Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 20 Pfg., Reklamen 2 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 2.50 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingetrieben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet.

Gegründet im Zahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff sowie des Forstrentamts Tharandt.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 206. — **Dienstag den 7. September 1920.** — **79. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Berichtigung.

In der gestrigen Bekanntmachung, die Ausgabe von Nähr- und Lebensmittelkarten Reihe IV betr., ist folgender Satz **zu streichen:**

„Die Einfuhrzusatzkarten für Auslandsmehl, Auslandsfleisch und Auslandsfett behalten weiterhin ihre Gültigkeit." Da keine Belieferung mehr stattfindet, sind sämtliche Einfuhrzusatzkarten verfallen und können vernichtet werden.

Meißen, am 4. September 1920. 5894

Nr. 1600b II F. **Die Amtshauptmannschaft.**

Holzversorgung.

Die Amtshauptmannschaft bietet zur Linderung der bestimmt zu erwartenden Knappheit an Heizstoffen für Heiz- und Kochzwecke, für Schulen, Landwirtschaft, Behörden usw. an: Stockholz zum Preise von etwa 14 Mk. ab hier für den Zentner. — Wir nehmen Bestellungen hierauf am 8. d. M. im Zimmer Nr. 10 entgegen. 5895

Wilsdruff, am 4. September 1920. **Der Stadtrat. — Kriegswirtschaftsabteilung.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahn-Betriebsräten ist in der Frage der Kontrolle der Waffentransporte ein scharfer Konflikt ausgebrochen.

* Im Reichswirtschaftsministerium wird eine besondere Abteilung für das Handwerk errichtet.

* Die deutschen Abgeordneten des polnischen Landtags protestieren gegen die Unterdrückung des Deutschtums in den deutsch-polnischen Gebieten.

* Der Breslauer Polizeipräsident, der Mehrheitssozialist Eugen Ernst, ist von der Preußischen Regierung seines Amtes enthoben worden.

* Der Regierungspräsident in Breslau hat die auf die Ermittelung der bei den Vorgängen am 26. August Beteiligten angesetzte Belohnung von 3000 Mark auf 15 000 Mark erhöht.

* Von den fünf Kreiskontrolleuren in Oberschlesien haben drei englische ihre Entlassung eingereicht, weil sie mit dem Verhalten der Franzosen nicht einverstanden sind.

* Die Wiedergutmachungskonferenz in Genf wird voraussichtlich am 24. September zusammentreten.

* Frankreich hat wegen der Heimsendung der Franzosen aus Rußland an die Sowjetregierung ein kurzfristiges Ultimatum gestellt.

Schall und Rauch.

Aus politischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die so geräuschvoll in die Welt geschickte französische Note mit den Sühneforderungen für die Breslauer Krawalle hat ihre geschäftliche Erledigung gefunden mit einer Verständigung, bei der vernünftigerweise beide Teile etwas von ihrem Standpunkt geopfert haben. Deutschland schluckte die fünf französischen Forderungen, die das französische Prestigebedürfnis decken, schickt den Minister des Auswärtigen und den preußischen Minister des Innern zum Entschuldigungsbesuch auf die französische Botschaft in Berlin und versetzt den Hauptmann v. Arnim auf eigenen Wunsch in eine Provinzgarnison, wogegen Frankreich auf den Kotau des Reichskanzlers und die weitere Bestrafung des vollkommen schuldlosen Hauptmanns verzichtet. Damit ist hoffentlich der bedauerliche Zwischenfall aus der Welt geschafft. Nach Lage der Dinge konnte die Erledigung nicht anders enden, als mit der größeren Nachgibigkeit auf deutscher Seite, und wenn die Fanfaren, mit denen die französische Note vor ihrer Veröffentlichung begleitet wurde, offenbar auf die Einschüchterung unserer öffentlichen Meinung berechnet waren, so hat sich dieser Trick als vollständig überflüssig erwiesen. Man hat auf beiden Seiten die notwendige Kaltblütigkeit bewahrt und damit die kritische Spannung schnell gelöst. Zudem hat die preußische Staatsregierung den Breslauer Polizeipräsidenten Eugen Ernst in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Es ist ja nicht zu leugnen, daß die Breslauer Behörde, die für die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit verantwortlich ist, in der kritischen Zeit in bedauerlicherweise versagt hat. Herr Eugen Ernst hat am Tage der Breslauer Krawalle einen Automobilausflug unternommen und war während der Ausschreitungen gar nicht in Breslau anwesend. Da ist es nicht weiter verwunderlich, wenn auch die untergeordneten Organe nicht am Platz waren und die Polizei versagte. Herr Eugen Ernst mag ein trefflicher Mensch sein. Als Verwaltungsbeamter und Leiter einer großen, verantwortungsvollen und arbeitsreichen Zentralbehörde hat er sich jedenfalls in Breslau ebenso wenig bewährt wie in Berlin, wo er ja gleichfalls unmittelbar nach dem Umsturz als Nachfolger des Herrn v. Oppen zum Berliner Polizeipräsidenten bestellt wurde. Die landläufige Auffassung, daß der liebe Gott mit dem Amt jedem auch den Verstand gibt, hat sich hier als ein Irrtum erwiesen. Wir wissen ja jetzt ein wehmütiges Lied davon zu singen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Breslauer Vorgänge einen ganz andern Verlauf genommen hätten, vielleicht sogar ganz hätten vermieden werden können, wenn die Breslauer Polizei am Posten gewesen wäre. Ist es nicht auch im hohen Maße erstaunlich und sogar befremdend, daß während der ganzen Exzesse mit ihren Zerstörungs- und Plünderungsakten nicht ein einziger Täter oder Beteiligter festgenommen worden ist? Erst jetzt müssen eigens nach Breslau entsandte Berliner Kriminalbeamte die notwendigen Ermittlungen anstellen.

Die französischen Blätter tun sich viel zugute über die „französische Mäßigung", die sie als Beweis für Frankreichs Friedensliebe und die Absicht aussprechen, gute Beziehungen mit Deutschland zu unterhalten. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß zwar der Breslauer Zwischenfall beigelegt ist, nicht aber die Triebkräfte und Strömungen, die ihm zugrunde gelegen haben. Die Breslauer Krawalle waren übel angebrachte, der irregeleitete Ausdruck der hochgradigen Erregung und Empörung über die Vorgänge in Oberschlesien. Die französische Parteilichkeit zugunsten der Polen ist ganz offenkundig: Man hat sogar Anhaltspunkte dafür, daß die Menge absichtlich von polnischen Agenten aufs polnische und französische Konsulat geleitet wurden ist. Wir werden sonach erst an die Aufrichtigkeit der französischen Friedensliebe und der Neigung zu guten Beziehungen mit Deutschland glauben können, wenn auch in dem Verhalten der verantwortlichen französischen Stellen in Oberschlesien ein sichtbarer Wandel im Sinne einer unzweifelhaften Unparteilichkeit und Sachlichkeit gegenüber Polen und Deutschen zu verzeichnen ist. Wir können ..... das deutsche Oberschlesien nicht verzichten, wenn wir wirtschaftlich nicht völlig zugrunde gehen wollen, und alle Versuche, den Polen, sei es durch diplomatische Winkelzüge oder durch offene Begünstigung des polnischen Terrors Oberschlesien zuzuschanzen, werden immer wieder Ausbrüche der deutschen Leidenschaft im Gefolge haben müssen. Das muß die französische Politik sich stets vor Augen halten.

Drohende Stillegung der Eisenbahnen

Die Kontrolle der Waffen- und Munitionssendungen.

Durch die Zurückhaltung der für die ostpreußische Sicherheitswehr bestimmten Waffen- und Munitionssendungen auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin durch den Eisenbahn-Betriebsrat ist eine unvorhergesehene Situation entstanden. Dem Gedanken der Kontrolle der Waffen- und Munitionssendungen durch die Betriebsräte lag ausgesprochenermaßen der Wunsch zugrunde, in organischem Zusammenarbeiten mit der Regierung Verletzungen der deutschen Neutralität zu verhüten. Ein Gegensatz zwischen Regierung und Betriebsräten war ursprünglich nicht vorhanden. Im Gegenteil schienen sich von Anfang an die Eisenbahner bei dieser ganzen Aktion als ausführende Organe des Regierungswillens aufzufassen. Dieser Standpunkt wurde verschoben, als in dem Fall des Stettiner Bahnhofes der Betriebsrat auch dann noch den fraglichen Eisenbahnzug zurückhielt, als die Regierung erklärte, es handele sich nur um Waffen für die Sicherheitswehr. Es könne also eine Neutralitätsverletzung durch Waffen- und Munitionssendungen an Polen nicht in Betracht kommen. Die Sendung enthielt aber Geschütze und Munition in großen Mengen, sodaß der Betriebsrat der Ansicht war, sie gehe über den Bedarf der ostpreußischen Sicherheitswehr hinaus und es müsse daher doch noch etwas anderes dahinterstecken, dessen Endzweck man ihm verheimliche. Die Regierung fühlte sich dadurch in ihren Maßnahmen schwer gehindert und befürchtete eine Untergrabung ihrer Autorität gegenüber den Beamten. Dem suchte der Verkehrsminister Gröner durch Anordnungen vorzubeugen, die bestimmt waren, die Verfügung über die Eisenbahntransporte dem Einfluß der Betriebsräte zu entziehen. Da der Kontroll-Kommission der Eisenbahn-Betriebsräte eine Reihe sozialdemokratischer Politiker verschiedener Richtungen angehören, erhielt, als der Einspruch dieser Kommission von der Regierung zurückgewiesen wurde, die Angelegenheit über Nacht einen hochpolitischen Anstrich. Die gesamte Arbeiterschaft erklärte sich nun mit den Eisenbahn-Betriebsräten solidarisch und die sozialdemokratischen politischen Parteien erlassen jetzt zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Verband der Eisenbahn- und Transportarbeiter einen Aufruf an die gesamte deutsche Arbeiterschaft, in dem erklärt wird, daß die organisierten Arbeiter, sofern es zu Maßregelungen gegen Eisenbahner käme, geschlossen hinter ihnen stehen würden. Man weiß, was das bedeutet. Die Gefahr eines Verkehrsstreiks, vielleicht sogar eines Generalstreiks, ist dadurch in den Bereich der Möglichkeit gerückt.

Der Heizwert unserer Brennstoffe.

Praktische Anwendungsformen.

Wir müssen unseren Brennstoffverbrauch einschränken, wenn die in Spa vereinbarten Kohlenlieferungen an die Entente erfüllt und wenn damit vermieden werden soll, daß Deutschland reichste Kohlenkammer, das Ruhrgebiet, unter fremde Herrschaft kommt. Im Jahre 1906 betrug der Kohlenverbrauch pro Kopf und Jahr in Deutschland noch drei Tonnen, im Jahre 1912 schon 4,5 Tonnen. Unsere Brennstofflager müssen sich früher oder später einmal erschöpfen. Dann gerät unsere ganze bisherige Zivilisation in Gefahr. Denn alle Kultur geht, wie Ferdinand Fischer sehr treffend in seiner „Feuerungstechnik" bemerkt, von den brennenden Holzscheiten auf dem häuslichen Herd aus, die Wärme und Licht spenden. Wärme zum Schutz gegen Kälte, zur Bereitung der Speisen und Herstellung der verschiedenen Gebrauchsgegenstände als Anfang der gewerblichen Tätigkeit; Licht zur Erhöhung der Behaglichkeit und zur Verlängerung der Arbeitsmöglichkeit. Die anderen Länder hatten bisher zumeist einen geringeren Kohlenverbrauch als Deutschland. Großbritannien verbrauchte auf den Kopf der Bevölkerung 4,07 Tonnen, Frankreich 1,41 Tonnen, Belgien 3,24 Tonnen, nur die Vereinigten Staaten von Amerika hatten einen höheren Verbrauch als wir, nämlich 4,79 Tonnen.

Die notwendige Einschränkungen im Brennstoffkonsum brauchte uns aber nicht zu sehr zu schrecken. Wir können den Heizwert unserer Brennstoffe besser als bisher ausnutzen. Der Heizwert unserer Brennstoffe ist verschieden. Holz und Torf haben lufttrocken einen Heizwert von 3500—4500 Wärme-Einheiten, Braunkohle bis 5000 W.-E., Steinkohle von 6500—8400 und Anthrazit von 7500—8000 W.-E. Der Heizwert der von Beimengungen befreiten reinen brennbaren Masse unserer Brennstoffe ist aber weit höher; beim Holz beträgt er 4500 W.-E., beim Torf 6500 W.-E., bei der Braunkohle 6500—7000 Wärme-Einheiten und bei der Steinkohle und dem Anthrazit 7700—8600 W.-E. und mehr. Diese Wärme-Einheiten voll auszunutzen, muß das Bestreben eines jeden sein, der mit Brennstoffen etwas zu tun hat. Die Hausfrau, die Magd, die Köchin, der Kesselheizer und der Lokomotivführer, sie alle können dazu beitragen, indem sie darauf achten, daß nur trockenes Brennmaterial in die Öfen gelangt. Die Luftzufuhr darf nicht zu stark, aber auch nicht zu gering werden. Tritt Rauch bei der Verbrennung auf, so ist das ein Zeichen, daß die Luftzufuhr zu gering ist. Durch Schieber und Türen an den Öfen muß die Luftzufuhr so geregelt werden, daß eine klare Flamme emporlodert. Bei den Hausfeuerungen wird vielfach der Fehler gemacht, daß die Mündungen der Schornsteine nicht über die Dachfirste geführt und die Rohre nicht dicht sind. Hieraus erklärt sich die so häufig beobachtete nachteilige Beeinflussung der einzelnen Rohre unter sich; eine andere Folge ist, daß das Anheizen mit Schwierigkeiten verknüpft ist. Bei den Zentralheizungsanlagen muß der Wirkungsgrad der Anlage genau der Leistung der Kessel angepaßt sein, denn sonst wächst der Koksverbrauch in unzulässiger Weise und die Wohnung wird doch nicht warm. Dazu sei noch bemerkt, daß durch eine kleine Luftklappenöffnung bei bleibendem stärkeren Schornsteinzuge ebensoviel Luft zu dem Feuer treten kann wie bei mehr geöffneter Luftklappe und gedrosseltem Schornsteinzuge. Das sei ausdrücklich erwähnt, weil in dieser Hinsicht die wunderlichsten Ansichten bestehen.

Bei den Industriefeuerungen muß zur vollständigen Ausnutzung des Heizwertes der Brennstoffe Bedacht darauf genommen werden, daß der für den angewandten Brennstoff geeignetste Rost verwendet wird. Vorteilhaft und geschickt eingebaute Vorwärmer, sogenannte „Economiser" können viel dazu beitragen, den Brennstoffverbrauch herabzusetzen, den Heizwert des Brennstoffes aber besser auszunutzen. Diesem Zweck dienen die wärmetechnischen Beratungsstellen, die jetzt vom Reichskohlenrat gegründet werden. Sie stehen jedem mit Rat und Tat zur Seite, der mithelfen will, Brennstoff zu sparen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Das Reichsgericht und der Kapp-Putsch.** Das Reichsgericht hat das Verfahren gegen den Unterstaatssekretär Freiherrn v. Falkenhausen, den Rechtsanwalt Bredereck, den Kapitänleutnant Lensch und den Pfarrer Dr. Traub eingestellt, da sie nach dem Ergebnis der Voruntersuchung nicht als Urheber oder Führer des hochverräterischen gegen das Reich gerichteten Kapp-Unternehmens anzusehen sind. Dagegen ist der Antrag des Regierungspräsidenten z. D. v. Jagow auf Einstellung des Verfahrens abgelehnt worden, da er als Miturheber, jedenfalls aber als Führer des hochverräterischen gegen das Reich gerichteten Gesamtunternehmens verdächtig erscheint.

✦ **Irrtümer bei der Kapitalertragssteuer.** Im Publikum ist vielfach die Meinung verbreitet, daß die 10 %

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF